

Welchen Raum läßt die Geschichte für die Modernisierung Rußlands?

Simon, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Simon, G. (1998). *Welchen Raum läßt die Geschichte für die Modernisierung Rußlands?* (Berichte / BIOst, 19-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43498>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
I. Land der Gegensätze	7
II. Begrenzungen durch Geschichte	11
III. Entgrenzungen der Geschichte.....	19
IV. Russische Modernisierung	25
Summary	31

29. April 1998

Gerhard Simon

Welchen Raum läßt die Geschichte für die Modernisierung Rußlands?

Bericht des BIOst Nr. 19/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Weder determiniert die Vergangenheit die Zukunft noch kann Zukunft ohne Rücksicht auf die Vergangenheit gestaltet werden. Dieser Bericht untersucht, in welcher Weise die russische Geschichte den Umgestaltungen im Land Grenzen setzt. Er zeigt andererseits auf, in welchen Bereichen im vergangenen Jahrzehnt Entgrenzungen der Geschichte stattgefunden haben, so daß Rußland heute auf dem Weg in eine Zukunft ist, die weder eine Restauration der Verhältnisse vor und nach 1917 noch einen nahtlosen Anschluß an die westeuropäisch-atlantische Kultur bringen wird.

Ergebnisse

1. Rußland ist ein Land der Gegensätze, geprägt von starken Ausschlägen in der politischen Entwicklung: Kurzen Epochen quasirevolutionärer Umbrüche folgten lange Phasen der Stagnation, so daß die Frage nach dem Handlungsspielraum für die heutige Generation schwer zu beantworten ist. Wird es gelingen, den Zyklus von Revolution und Reaktion zugunsten einer mehr evolutionären Entwicklung zu durchbrechen? Politik und Gesellschaft ruhen auf einem in Jahrhunderten gewachsenen Fundament von Strukturen und Mentalitäten, auf einer eigenständigen Kultur.
2. Die herausragende Rolle des Staates und das paternalistische Verhältnis der staatlichen Obrigkeit gegenüber den Menschen stellen ein Kontinuum der russischen Geschichte dar. Sie ist gekennzeichnet durch eine im europäischen Vergleich späte und unvollständige Trennung von Herrscher und Staat, Öffentlichem und Privatem und durch einen Mangel an Vertragskultur. Das Verhältnis der Menschen gegenüber dem Herrscher/Staat war geprägt durch Unterwerfung und Belohnung, nicht aber durch Rechte und Pflichten auf Gegenseitigkeit. Die Zurücksetzung des einzelnen gegenüber dem Kollektiv, der Klasse und dem Willen des Führers erreichte im Sowjetsystem ihren Höhepunkt.
Heute besteht eine ambivalente Grundeinstellung gegenüber dem Staat: Auf der einen Seite wird ihm eine Art Allzuständigkeit zugeschrieben. Er ist nicht nur für das Wohl der Menschen verantwortlich, sondern er soll auch Sinnstiftung leisten. Andererseits begegnen die Menschen dem Staat mit Mißtrauen und Zynismus. Man traut ihm nicht zu, daß er die ihm zukommenden Aufgaben erfüllt.

3. Die Staatsbezogenheit des Gemeinwesens hat Konsequenzen für Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik, das sind vor allem die zentrale Rolle des Staates in der Wirtschaft und eine schwächer ausgebildete individuelle Eigentumsmentalität. Das hat den Bolschewiki die Enteignung der gesamten Wirtschaft zugunsten der Parteiführung bzw. des Diktators erleichtert. Im sowjetischen Wirtschaftssystem hing der persönliche Erfolg nur sehr eingeschränkt von der Leistung ab. Wichtiger waren Loyalität und die Zugehörigkeit zu einer Klientel. Die Überzeugung, daß der Staat der zentrale Akteur in der Wirtschaft sein muß, wirkt nach dem Ende der administrativen Planwirtschaft fort. Die Verflechtung von Staat und Wirtschaft dürfte auch in Zukunft signifikant größer bleiben als in westlichen Marktwirtschaften.
4. Das historisch geprägte Sozialverhalten läßt sich als hierarchischer Egalitarismus charakterisieren. Die Bereitschaft, sich ein- und unterzuordnen, verbindet sich mit der Forderung nach Gleichheit, d.h. der Erwartung, daß sich alle so verhalten. Der gute Herrscher muß Gleichheit und soziale Gerechtigkeit durchsetzen. Jelzin hat diese Rolle übernommen und geißelt immer wieder den Verfall des Lebensstandards und die Armut. Er hat die Regierung Tschernomyrdin entlassen mit der Begründung, sie habe in der Sozialpolitik versagt.
5. Manche europäischen Mächte *hatten* ein Kolonialreich, Rußland *war* bis zum Ende der UdSSR ein Imperium. Deshalb ist das imperiale Bewußtsein untrennbar mit dem russischen Selbstverständnis verbunden. Es war nicht auf die Konsolidierung oder Schaffung eines Nationalstaates oder der russischen Nation gerichtet, sondern auf die Erhaltung und Mehrung des Vielvölkerimperiums.
6. Die Mentalität der Einzigartigkeit der Sowjetmenschen war ein wesentlicher Bestandteil der Sowjetideologie. Dies Überlegenheitsbewußtsein hatte Vorläufer im säkularen Messianismus seit dem 19. Jahrhundert und in der traditionellen kirchlichen Vorstellung, daß nur die orthodoxe Kirche das Evangelium rein und unverfälscht bewahrt hat. Mit dem Ende des Sowjetsystems löste sich der säkulare Ausschließlichkeitsanspruch weitgehend auf.
7. Auch in anderen Bereichen sind historische Begrenzungen aufgebrochen. In der Politik, im öffentlichen Diskurs und in der Mentalität gibt es Anzeichen für das Entstehen einer post-imperialen Mentalität. Die Einsicht in das, gegenüber der Sowjetunion drastisch reduzierte, Machtpotential Rußlands wirkt dabei als Motor. In offiziellen politischen Verlautbarungen wird die Rhetorik der Selbstdarstellung als Großmacht eingeschränkt. Die Reintegration innerhalb der GUS als oberste außenpolitische Priorität wird zurückgestuft.
8. Innerhalb des Landes entfaltet sich in vielen Bereichen eine Pluralität, die in starkem Kontrast zur beanspruchten Einheit in sowjetischer Zeit steht. Neben der Pluralität der Weltanschauungen und Religionen, der politischen Gruppierungen und Medien kommt der regionalen Diversifizierung besondere Bedeutung zu. Entgegen der jahrhundertelangen Tradition des russischen Zentralismus, der in sowjetischer Zeit groteske Formen annahm, entsteht jetzt ein Regionalismus, der eine wichtige Voraussetzung für ein modernes und effizientes Gemeinwesen darstellt. Zwar ist die Konfliktaustragung im Rahmen der

neuen Pluralität häufig ungeregt und chaotisch, aber Vielfalt und Chaos sind auch eine Schranke gegen die Errichtung einer neuen Diktatur oder die Herrschaft einer neuen Einheitsideologie.

9. Im vergangenen Jahrzehnt haben Selbsttätigkeit und Selbständigkeit der Menschen in Gesellschaft und Wirtschaft das Land verändert. Die wirtschaftliche Selbsttätigkeit reicht von bescheidenen Flohmärkten bis zur Insider-Privatisierung und der Anhäufung riesiger Vermögen. Bei den nichtstaatlichen gesellschaftlichen Aktivitäten spielen politische Gruppen und Bewegungen eher eine untergeordnete Rolle. Jetzt wächst eine Generation heran, die ihre Hoffnungen und Erwartungen auf die eigenen Kräfte und Talente setzt. Die Wertehierarchie in der Gesellschaft verschiebt sich zugunsten des einzelnen, der Familie und der eigenen Region.
10. Die russische Modernisierung muß auf historischen Fundamenten aufbauen, sie kann aber auch darauf setzen, daß der Zusammenbruch des Sowjetsystems neue Möglichkeiten eröffnet. Russische Demokratie und Marktwirtschaft werden spezifische Züge annehmen, die sie von mitteleuropäischen Verhältnissen unterscheiden. Die Exekutive mit einer starken Spitze – dem mit umfassenden Vollmachten ausgestatteten Staatspräsidenten – dürfte auch in Zukunft die Politik beherrschen. Politische Parteien werden kaum die gleiche Rolle wie in westlichen Ländern spielen. Die politische Macht wird dagegen bei den staatlichen und nichtstaatlichen (vor allem ökonomischen) Apparaten und Klientel-Gruppierungen sowie bei den Regionen liegen. Demokratie und demokratische Wahlen werden als Instrumente zur Erringung der Macht akzeptiert. Eine liberale Ausübung von Macht ist dagegen nicht gesichert. Weder unter den Eliten noch in der Gesellschaft insgesamt gibt es einen liberaldemokratischen Konsens. Statt dessen wächst die Tendenz, autoritäre Machtausübung im Interesse von Ordnung und Sicherheit zu befürworten. Die Wirtschaftsordnung dürfte in hohem Maß staatsinterventionistisch und zugleich protektionistisch nach außen bleiben. Dies hängt auch mit einem Souveränitätsverständnis zusammen, in dem die Abtretung von Souveränitätsrechten an überstaatliche Institutionen nicht vorkommt. Rußland wird sich nicht im westlich-atlantischen Kulturkreis auflösen, aber das neue Rußland wird auch nicht in gleichem Maß antiwestlich ausgerichtet sein wie die Sowjetunion nach 1917.

I. Land der Gegensätze

Rußland ist in seiner Selbstwahrnehmung, aber auch in der Beschreibung durch Fremde das Land der extremen Gegensätze. Das beginnt bei Raum und Klima und reicht über die politische und soziale Sphäre bis in den Bereich der menschlichen Emotionalität. Zu den Klimazonen des Landes gehören der Permafrost des hohen Nordens ebenso wie die heißen Steppen des Südens; fast überall fordern Naturgegebenheiten und Klima vom Menschen höchste Anspannung. Regionen mit immerwährendem Frühling oder Gegenden, die – wie große Teile Westeuropas – keine scharfen Gegensätze von Sommer und Winter kennen, gibt es in Rußland nicht; nun ist auch noch die Krim an die Ukraine gefallen.

Aber auch politisch und sozial ist Rußland stärker als andere Länder Europas durch Gegensätze geprägt worden. Das gilt für die weiter zurückliegende Geschichte, insbesondere aber für unser Jahrhundert. Seit den Umwälzungen Peters I. war Rußland zweigespalten in eine mehr oder weniger europäisierte Oberschicht und das dörfliche, "hölzerne" Rußland der bäuerlichen Grundbevölkerung, die erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zögerlich in Modernisierungsprozesse einbezogen wurde. Im Vielvölkerimperium zu Beginn des 20. Jahrhunderts reichte das Spektrum der Kulturen vom alteuropäisch-ständisch und zugleich modern-national geprägten Polen bis zu den islamisch-vormodernen Stämmen und Kulturen Turkestans.

Die bolschewistische Revolution hat manche der alten Gegensätze beseitigt, aber dafür neue, nicht weniger radikale geschaffen. Bis in die 1950er Jahre war die innere Geschichte geprägt von gewaltigen sozialen Umwälzungen, die Millionen Menschen aus ihren Bindungen rissen, durch Krieg, Hungersnot, Deportationen und Terror entwurzelten und vielen Menschen den vorzeitigen Tod brachten. Die meisten dieser Umbrüche waren von Brutalität und Gewalt begleitet, andere waren gelenkte und sozialökonomisch motivierte Migrationen, wie die letzte große Kampagne, die in den 1950er Jahren Hunderttausende zur Besiedlung des "Neulands" im Osten auf die Beine brachte. Das Ergebnis der kommunistischen revolutionären Umwälzungen war eine durch scharfe Gegensätze von Stadt und Land, Nord und Süd, Nomenklatura und Volk gekennzeichnete Gesellschaft, in der die Führungskader in einem penibel abgestuften System Zugang zu Gütern und Dienstleistungen hatten, während große Dichter, soweit sie nicht in den Lagern umkamen, am Rand des Hungers vegetierten wie Michail Bulgakow oder Anna Achmatowa. Die Gesellschaft der Gegensätze wurde überwölbt vom Mythos der Gleichheit im Sozialismus.

Der Fall des Ancien régime hat in den vergangenen zehn Jahren neue Gegensätze aufgerissen. Neben die Macht ist das Eigentum getreten, das unter dem Sowjetregime auch die Führungskader nicht besaßen und das sich jetzt protzig zur Schau stellt und so die Verarmung breiter Schichten noch sichtbarer macht. Aus den Millionen privilegierter Russen in den nichtrussischen Unionsrepubliken der Sowjetunion sind vielfach unerwünschte nationale Minderheiten oder sogar unfreiwillige Remigranten und Flüchtlinge aus den neuen Staaten geworden. Vor allem aber ist das politische Selbstverständnis der Russen, die sich als das Kernvolk einer Supermacht begriffen, sich nun aber in vieler Hinsicht auf das Niveau eines Entwicklungslandes zurückgeworfen sehen, tief verunsichert und verletzt.

Die russische Geschichte ist immer wieder durch extreme Ausschläge gekennzeichnet gewesen: Despotie und Anarchie, Zentralismus und Lokalismus, Revolution und Reaktion, erdbebenartige Veränderungen aller Verhältnisse und unwandelbare Reproduktion der stets gleichen Zustände. Mittlere Positionen, langsame evolutionäre Veränderungen, oder Abbau von Konflikten durch Interessenausgleich hatten zumeist in Rußland einen schweren Stand und wenig Erfolg.

Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß sich aus der russischen Geschichte gegensätzliche Positionen ableiten lassen. Man kann den Schluß ziehen, dies Land und seine Gesellschaft waren und sind extrem unbeweglich und konservativ, neigen zu Stagnation und Versteinerung sowie zur Isolation nach außen. Anders formuliert: Den kurzen Reform- und Aufbruchperioden in der russischen Geschichte folgten stets lange Zeiten der Reaktion, und die Geschichte kehrte in ihre alten, gewohnten Bahnen zurück. Die Antwort auf die Frage nach dem Handlungsspielraum für die Politik heute und morgen zur Modernisierung Rußlands würde dann lauten: Bleibende Veränderungen durchzusetzen, ist sehr schwer und häufig genug gar nicht möglich.

Es läßt sich aber auch umgekehrt argumentieren, daß Rußland wegen der wiederkehrenden Tendenz zu extremen Lösungen ein Land ist, in dem Veränderungen sehr rasch und revolutionär greifen. Peter I. schnitt 1698 bei seiner Rückkehr von der großen Reise nach Europa den Bojaren die Bärte ab, und sie sind nicht wieder gewachsen. Stalin schickte Millionen Menschen in den Gulag, und sie sind endgültig aus der Geschichte ausgelöscht worden. Mit anderen Worten: Despotische Herrscher haben immer wieder tief in den Gang der Geschichte eingegriffen; ihr revolutionärer Veränderungswille hat das Gesicht Rußlands geprägt. Warum sollte es nicht möglich sein, auf diese Weise Demokratie und Marktwirtschaft in Rußland durchzusetzen?

Wenn man die Frage stellt, welchen Raum die Vergangenheit den Heutigen für Veränderungen und Neuerungen läßt, dann suggeriert dies die Vorstellung, die Geschichte sei ein Prokrustesbett und die Zukunft – jedenfalls in den Grundlinien – determiniert. Dies ist schon deshalb nicht der Fall, weil Geschichte es stets mit Veränderungen in der Zeit und nicht – wie die Naturwissenschaft – mit der Wiederholung und Wiederholbarkeit der stets gleichen Phänomene zu tun hat. Das Ende des Marxismus und anderer fortschrittsextremistischer, geschichtsteleologischer Entwürfe läßt eine deterministische Betrachtung der Geschichte um so mehr obsolet erscheinen. Die Frage nach dem Handlungsspielraum für Veränderungen impliziert vielmehr zweierlei: die Erfassung von Konstanten, die sich nur langsam und über lange Zeiträume verschieben, und die Benennung von Strukturen, Bereichen in Staat und Gesellschaft, von Werten und Einstellungen der Menschen, die in Bewegung geraten sind, so daß diese Veränderungen der Zukunft voraussichtlich eine spezifische Prägung geben werden. Hier wird also nach dem Fenster für das Mögliche, Wahrscheinliche und Eventuelle gefragt, und dies schließt immer auch die Benennung des Unwahrscheinlichen ein. Die Frage nach dem Raum für historische Veränderungen unterstellt, daß nicht jede Entwicklungsrichtung in die Zukunft gleich wahrscheinlich und unwahrscheinlich ist. Sie geht ebenso von der Voraussetzung aus, daß kein Ereignis in der Geschichte großer Völker, Gesellschaften und Regionen

alle Dinge vollständig verwandelt. Als Ausnahme muß die physische Vernichtung ganzer Völker oder Bevölkerungen und damit ihre Tilgung aus der menschlichen Geschichte gelten.

Eine deterministische Betrachtung der Geschichte erscheint noch aus einem weiteren Grund unsinnig: Geschichte ist nicht ein für allemal verfügbar, es gibt keinen Konsens über die Vergangenheit, so wie ein Konsens über die Gesetze der Mechanik besteht. Geschichte ist ein Konstrukt und muß von jeder Generation und nach jedem einschneidenden Ereignis neu konstruiert werden. Dies gilt insbesondere für Geschichte als lebendige und handlungslegitimierende Erinnerung; diese Einsicht betrifft aber auch Geschichte als Wissenschaft. Es wäre unzutreffend, daraus den Schluß abzuleiten, Geschichtsbilder seien willkürlich und bewegten sich auf einer nicht mit der Realität vermittelten Ebene. Geschichte ist weder willkürlich noch determiniert; das gilt sowohl für Vergangenheit wie für Zukunft. Zwei Beispiele mögen die Offenheit von Vergangenheit illustrieren. Nach konventionellem Verständnis läßt sich die Geschichte der UdSSR und des sozialistischen Lagers nach 1945 durch folgende zentrale Vorgänge charakterisieren: Aufstieg zur Weltmacht, Entstalinisierung, Stagnation und Perestrojka. Unvermutet hört der Staat UdSSR 1991 auf zu bestehen. Man kann jedoch auch ganz andere Vorgänge ins Zentrum rücken. Die Geschichte der UdSSR und des Sozialismus nach 1945 läßt sich dann schreiben als die Geschichte von selbstzerstörerischer Expansion, mißlungenen Ansätzen zur Überwindung des Totalitarismus, Degeneration und Zerfall. Es entspricht intellektuellem Harmoniebedürfnis angesichts dieser Disparität eine Position des Sowohl–Als auch zu beziehen. Befriedigen kann eine solche Haltung nicht.

Das zweite Beispiel: Im heutigen Rußland – und außerhalb – werden sehr unterschiedliche Bilder von der russischen Geschichte gezeichnet, die kaum miteinander vereinbar sind, jedoch die Identitätskrise und die Suche nach Orientierung aus der Geschichte widerspiegeln. Auf der einen Seite wird der Umbruch von 1991 durch ein heroisches Geschichtsbild kompensiert. Der machtvolle Staat, seine Expansion in Eurasien, ein durch Aufopferung und Gemeinschaftssinn zusammengeschlossenes Volk, getragen von der Geistigkeit der orthodoxen Kirche sind die bestimmenden Koordinaten. Dabei schwingt oft ein Überlegenheitsgefühl gegenüber dem Westen mit, den man durch plumpen Materialismus, primitiven Rationalismus und Engstirnigkeit charakterisiert sieht. Liberale Westler erkennen demgegenüber gänzlich andere Traditionslinien im Spiegel der russischen Geschichte. Sie betonen die engen Verbindungen des Kiewer Staates im frühen Mittelalter zu Westeuropa, die ständischen und freiheitlichen Traditionen von Groß-Nowgorod, die fortschrittliche Justizreform von 1864, Parteienpluralismus, Medienfreiheit und Parlamentarismus in Rußland vor dem Ersten Weltkrieg.

Der Hinweis, sowohl das eine wie das andere sei Instrumentalisierung der Geschichte, trägt nicht weit. Wir müssen uns der Einsicht stellen, daß die Vergangenheit tatsächlich sehr unterschiedliche Traditionen anbietet und unterschiedliches Handeln in der Gegenwart legitimiert. Das gilt um so mehr für die russische Geschichte, die mehr als andere durch Gegensätze und Spaltungen geprägt ist. Die Vergangenheit determiniert also nicht die Zukunft, dennoch sind beide eng miteinander verknüpft. Eine tausendjährige Geschichte ist eine entscheidende Koordinate für den Weg in die Zukunft. Rußland ist durch die revolutionären Umwälzungen von

1991 nicht aus seiner Geschichte ausgestiegen; vielmehr hat eine neue Ära dieser Geschichte begonnen.

Allerdings hat das Ende des Sowjetkommunismus nicht nur die Zukunft Rußlands verändert, sondern auch die Vergangenheit. Die Revolution von 1917 und das kommunistische Experiment erscheinen nach ihrem Scheitern in einem anderen Licht. Der Antikommunismus ist sozusagen zur normalen Perspektive geworden, jedenfalls für jene innerhalb und außerhalb Rußlands, die das Scheitern des Sowjetkommunismus für folgerichtig und nicht für das Ergebnis einer Verschwörung des CIA oder anderer dunkler Mächte halten. Das Sowjetregime hat Rußland nicht nach vorne gebracht, sondern von zentralen Entwicklungen der europäischen und Weltgeschichte abgekoppelt. Das gilt, unabhängig davon, wie man Modernisierung definiert. Man kann darunter Fabrik *und* Parlament verstehen, Modernisierung wäre dann die Übernahme europäisch-atlantischer Technik, Bildung und politischer Werte. Das Ziel wären Massenkonsum und Massenwohlstand sowie die Ordnung der Macht nach den Grundsätzen liberaler Demokratie. Modernisierung läßt sich aber auch enger fassen und meint dann lediglich industrielle Revolution, Verstädterung und Massenkonsum. Das politische System kann autoritär, totalitär-ideologisch oder religiös geordnet sein. Modernisierung in diesem zweiten Sinn bedeutet keineswegs Verwestlichung, ja sie kann aggressiv antiwestlich ausgerichtet sein.¹

Die Sowjetmacht hat Rußland hinsichtlich der Modernisierung sowohl im engeren wie im weiteren Sinn zurückgeworfen, so daß der Modernisierungsabstand gegenüber den westlichen Industrieländern, aber auch gegenüber den asiatischen "kleinen Tigern", Öl exportierenden arabischen Ländern und manchen Staaten Lateinamerikas heute größer ist als 1913. Das Parlament wurde den Sowjetbürgern prinzipiell verweigert. Aber auch dort, wo die Sowjetmacht Modernisierungsleistungen erbracht hat, wie im Bildungswesen, bei der Urbanisierung und Industrialisierung, geschah das zu außergewöhnlich hohen Kosten, sowohl materiell als auch im Hinblick auf das, was den Menschen an Entbehrungen und Opfern abgefordert wurde.

Das Sowjetsystem war allerdings in der Lage, aufgrund seiner hohen Mobilisierungsfähigkeit punktuelle und propagandistisch wirksame Höchstleistungen zu vollbringen: Großbauten des Kommunismus, Raumfahrt, militärisch nutzbare Hochtechnologie. Das Ergebnis bringt die sowjetische Anekdote auf den Punkt: Wir können zum Mond fliegen, aber im Dorf gibt es keine Streichhölzer.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, woher heute der dringend notwendige Modernisierungsschub kommen soll, wie sich die materiellen und kulturellen Ressourcen mobilisieren lassen. In Rußland selbst gehen die Meinungen darüber weit auseinander; auch über das Ziel herrscht keine Einigkeit: Soll Rußland sich verwestlichen oder seinen eigenen Weg gehen?

¹ S.P. Huntington, *The clash of civilizations and the remaking of world order*, N.Y. 1996, S. 68ff; F. Zakaria, *The rise of illiberal democracy*, in: *Foreign Affairs*, 76, 6/1997, S. 22-43.

II. Begrenzungen durch Geschichte

Als das Sowjetsystem zusammenbrach, schien es vielen, daß nun alle Wege offenstanden. "Nichts war zwangsläufig hinsichtlich der Entwicklung Rußlands."² Das Land konnte den Weg zurück in die kommunistische Restauration einschlagen oder eine neue Variante des Totalitarismus russisch-nationalistischer Prägung entwickeln. Denkbar war ein autoritäres, illiberales Modernisierungsregime, geführt von einem Präsidenten und/oder einer Finanzoligarchie. Die meisten – vor allem im Westen – waren jedoch überzeugt, daß Rußland jetzt den Weg der liberalen Demokratie und der marktwirtschaftlichen Ordnung nach amerikanisch-westeuropäischem Muster gehen werde. Damit – so lautete die Hoffnung – würde nicht nur die Zweiteilung der Welt nach 1945, sondern der tausendjährige Antagonismus der Kulturen in Osteuropa der Vergangenheit angehören.³ Rußland galt jetzt als einer der "Reformstaaten" im Osten Europas, die alle sehr bald Teil der westeuropäisch-atlantischen Kultur werden würden. Schließlich waren die Anstöße für den Zusammenbruch der kommunistischen Ordnung in erheblichem Umfang von der russischen Perestrojka ausgegangen.

Inzwischen sind manche hochfliegenden Erwartungen einer nüchternen Einschätzung gewichen. Dazu haben sowohl die Realien der russischen Politik nach 1991 wie auch die öffentliche Selbstverständigung über den Weg des eigenen Landes beigetragen. Das Ergebnis lautet: Die Geschichte hält nicht beliebig viele Wege in die Zukunft bereit.

Neben zentralen Strukturelementen von Staat und Gesellschaft erweisen sich mentale Prägungen als besonders resistent, überspannen viele Generationen und soziale Schichtungen, leisten Revolutionen Widerstand und unterliegen allenfalls sehr langsamem Wandel. Im folgenden werden einige Begrenzungen durch Geschichte skizziert.

1. Die herausragende Rolle des Staates und das paternalistische Verhältnis des Staates gegenüber den Menschen stellen in Rußland ein Kontinuum dar. Die russische Geschichte seit dem Mittelalter war in erster Linie die Geschichte des russischen Moskauer Staates. Dies unterschied sie wesentlich von West- und Mitteleuropa, wo Stände, Regionen, Städte und die Kirche selbständige Akteure neben und oft genug im Gegensatz zur gesamtstaatlichen Obrigkeit waren, bzw. selbst einen Teil dieser staatlichen Obrigkeit darstellten. Demgegenüber gewann die Moskauer Staatsbildung ihre Dynamik gerade aus der Konzentration der Herrschaft in einer Hand; Unterpfand des Erfolgs war die Ausbildung der Autokratie. In den nordöstlichen Weiten Europas schufen die Moskauer Großfürsten und Zaren einen wehrhaften und expansiven Staat, der anders als die Kiewer Rus – der erste Staat auf dem Territorium der ostslawischen Stämme – die Zerfallstendenzen im Inneren einzudämmen und die Feinde von außen abzuwehren in der Lage war. Die Selbstherrschaft wurde zum zentralen Wesenszug der politischen Kultur. Der Autokrator regierte bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts hinein wie ein überdimensionaler Gutsherr. Eine Trennung der Sphären von Herrschaft (Imperium) und Eigentum (Dominium) von Öffentlichem und Privatem, von Staat und Gesellschaft voll-

² L. Shevtsova, *Yeltsin's Russia: Challenges and constraints*, Moskau 1997, S. 5.

³ K. Zernack, *Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte*, Berlin 1994, S. 530.

zog sich im europäischen Vergleich sehr spät und unvollständig. Kaiser Nikolaus II. bezeichnete sich bei der letzten Volkszählung im zarischen Rußland 1907 als "Herr (chozjain) des russischen Landes". Das mochte für den polnischen König tausend Jahre zuvor am Beginn des polnischen Staates gegolten haben.⁴

Ständisches Leben, gesellschaftliche Aktivitäten von unten und die Bürokratie blieben auch im 18. und 19. Jahrhundert auf den Staat und den Selbstherrscher bezogen. Das bäuerliche Rußland verharrte weitgehend in dörflicher Isolation und Subsistenzwirtschaft. Rußland trat in die Weltpolitik ein und bezahlte die Kosten mit gesellschaftlicher Armut. "Der Staat blähte sich auf, das Volk verkümmerte."⁵

Etatismus und Autokratie gehörten zu den Voraussetzungen für den dauerhaften Sieg der Bolschewiki, nachdem sie durch einen Putsch zunächst nur die Macht an der Spitze des Staates an sich gebracht hatten. Die Ansätze zu einer Selbstorganisation von Gesellschaft und Wirtschaft, die seit dem späten 19. Jahrhundert deutlich sichtbar waren, erwiesen sich als zu schwach und unentschlossen gegenüber einer revolutionären Macht, die sich an die Stelle der zarischen Selbstherrschaft setzte und sich zugleich durch Gewalt und durch Berufung auf soziale Gleichheit und Gerechtigkeit legitimierte – politische Werte, die ebenso wie der Etatismus zu den Grundelementen der politischen Mentalität gehörten.

Die Bolschewiki errichteten auf der vorhandenen Basis ein System der Herrschaft, das durchaus eigenständige Züge trug. Die KPdSU und ihr Apparat waren spezifische Herrschaftsinstrumente, die alle Strukturen und Organisationen des Gemeinwesens durchdrangen und lenkten. Jede Selbsttätigkeit gesellschaftlicher Kräfte, die nicht von oben initiiert und kontrolliert wurde, galt – zu Recht – als Gefährdung der Einparteiherrschaft. Sie funktionierte nur so lange, wie die Partei über alle Gruppen in der Gesellschaft und alle Apparate in der Bürokratie Herrschaft ausübte, zumindest aber als letzter und verbindlicher Arbiter agierte. In dem Moment, wo sie dazu nicht mehr in der Lage war, brach das Sowjetsystem wie ein Kartenhaus zusammen. Es ist mit einem riesigen Konzern verglichen worden. Die einheitliche Betriebsphilosophie – der wissenschaftliche Kommunismus – wurde vom Management – dem Apparat der KPdSU – durchgesetzt. Für die Einhaltung der Regeln bürgte ein ausgefeiltes Kontroll- und Strafsystem – der KGB. Der russische Staat als Patrimonium des Zaren hatte sich in den Betrieb UdSSR verwandelt, regiert vom Generalsekretär der KPdSU. Geblieben war die Pyramide der Macht, in der alle und alles seinen festen Platz hatte, die Hierarchisierung des Gemeinwesens als prägendes Strukturelement und zugleich fester Bestandteil der politischen Mentalität.

Der unbegrenzte Anspruch der Macht gegenüber dem Gemeinwesen und dem einzelnen und die allumfassenden Erwartungen der Menschen an den Staat bedeuten nicht notwendigerweise, daß dieser Staat wirklich stark ist. Er hat sich im Gegenteil häufig genug als schwach erwiesen, unfähig die Erwartungen der Untertanen zu erfüllen, aber auch außerstande, überall Herrschaft durchzusetzen. Große Gruppen der russischen Bevölkerung, abgelegene Gegen-

⁴ Ebd., S. 535.

⁵ V. Ključevskij zitiert nach: N. Berdjajev, *Istoki i smysl russkogo kommunizma*, Reprint, Moskau 1990, S. 8.

den, nichtrussische Völker oder religiöse Gemeinschaften haben sich stets dem Zugriff des Staates entzogen. Manche haben den Autokrator oder später den bolschewistischen Führer zum Antichristen erklärt. Zu dieser Gegenströmung der russischen Geschichte gehören die Kosaken, die Altgläubigen, die kleinen und großen Aufstandsbewegungen, aber auch die revolutionshungrige Intelligenzija seit dem 19. Jahrhundert. Die russische Gesellschaft ist oft durch tiefe, unüberwindliche Gräben zerrissen worden. Zumeist konnten die Spalter (raskolniki) nicht wieder auf evolutionärem Weg in den Hauptstrom der russischen Geschichte integriert werden. Sie wurden entweder am Rand der Gesellschaft aufgerieben, oder sie ergriffen auf revolutionärem Weg selbst die Macht.

Auch in sowjetischer Zeit haben die Menschen Mittel und Wege gefunden, sich aus der totalen Umklammerung des Staates zu lösen. Den Rückzug in die Steppe oder in die Wälder versperrte die moderne Technik in der Hand des Überwachungsstaates. Aber in den Großstädten haben sich Millionen von Menschen durch Abtauchen in den privaten, familiären Kreis und in den kleinen Zirkel der Gesinnungsfreunde dem totalitären Zugriff entzogen. In nachkommunistischer Zeit setzt sich dies fort mit der weitgehenden politischen Abstinenz des größten Teils der Bevölkerung, die "denen da oben" mit einer Mischung aus Ablehnung und Desinteresse gegenübersteht.

Die Unterwerfung des Menschen unter den Staat hat in mancher Hinsicht mit dem Sowjetregime ihren Höhepunkt erreicht. Zugleich entwickelten sich entgegengerichtete Verhaltensstrategien, die zuletzt zu einem beinahe lautlosen Zusammenbruch des kommunistischen Regimes führten. Die gegen das Sowjetregime gerichteten Verhaltensmuster waren deshalb besonders erfolgreich, weil sie offene Konfrontation vermieden, aber den ideologischen Glauben aushöhlten. Eine ambivalente Grundeinstellung der Menschen gegenüber dem Staat besteht auch nach dem Ende des Sowjetregimes fort. Einerseits stimmen Eliten und Bevölkerung weitgehend darin überein, daß die zentrale Aufgabe der Wiederaufbau einer handlungsfähigen starken Staatsmacht ist. Nur so können Sicherheit und Ordnung durchgesetzt werden. Dem Staat wird eine Art Allzuständigkeit zugeschrieben. Er ist nicht nur für das Wohl aller, für soziale Sicherung, Arbeitsplatzgarantie, Gesundheit und Bildung verantwortlich, sondern auch für die Sinnstiftung. Weit verbreitet ist der Wunsch nach einer neuen nationalen Ideologie, deren Ausarbeitung und Durchsetzung von staatlichen Organen erwartet wird.

Auf der anderen Seite begegnen die Menschen dem Staat und staatlichen Institutionen – Regierung, Parlament, Behörden, Polizei – mit tiefem Mißtrauen. Soziologische Umfragen zeigen seit Jahren ein außerordentlich niedriges Ansehen all dieser Einrichtungen. Keine Steuern abzuführen, Bestechungsgelder zu zahlen und entgegenzunehmen, sich der Polizei zu widersetzen und generell Verbote zu mißachten, wird in der Gesellschaft weithin toleriert oder gilt allenfalls als Kavaliersdelikt. Bis zu 80% der jungen Männer entziehen sich durch Nichterscheinen dem Wehrdienst. Der Leviathan-Staat gilt als gefährlich und mächtig; man muß ihm so viel wie möglich entreißen und so wenig wie möglich geben.

Die Gegensätze hinsichtlich der Haltung gegenüber dem Staat sind nicht so unauflöslich, wie es auf den ersten Blick erscheint. Denn gerade die hochgespannten Erwartungen und Forderungen an die staatliche Obrigkeit führen in der Realität immer wieder zu Enttäuschung und

Frustration. "Die paternalistische Struktur wird zum Objekt der ebenso paternalistischen Kritik. Im Grunde genommen ging die historisch überlieferte russische ... Staatskritik, so scharf sie auch gewesen sein mag, nicht über den Rahmen dieses Modells hinaus, indem sie die 'gute', 'echte' Fürsorge um die Staatsangehörigen der 'schlechten' gegenüberstellte".⁶ Es fehlen die Vorstellung von der Priorität der Person und vom Vertragsverhältnis zwischen dem Staat und den Staatsbürgern, die einander gegenseitig Rechte und Pflichten schulden. Das Fehlen einer Vertragskultur gehört zu den tiefgreifenden Unterschieden der historischen Tradition in Rußland im Vergleich zum übrigen Europa. Der russische Herrscher schloß mit seinen Untertanen keine Verträge auf Gegenseitigkeit, sondern er nahm ihre Unterwerfung entgegen und belohnte sie mit Nutznießrechten und Privilegien.

2. Die Staatsbezogenheit des Gemeinwesens hat spezifische Züge des Wirtschaftens und der Wirtschaftsethik hervorgebracht. In zweierlei Hinsicht unterschied sich die russische Wirtschaft vor 1917 strukturell von der europäischen Normalität: durch die stärker ausgeprägte Rolle des Staates und eine schwächer verwurzelte Eigentumsmentalität, jedenfalls in breiten Schichten der bäuerlichen und städtischen Grundbevölkerung, d.h. bei der großen Mehrheit. Auch in der Phase der raschen Industrialisierung in Rußland in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg blieb der Staat der dominierende Akteur in der Wirtschaft, sowohl als Unternehmer wie als Protektor, Verteiler von Subventionen und Lizenzen. Nirgendwo in Europa spielte der Staat zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine so beherrschende Rolle in der Wirtschaft wie in Rußland.

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts hatte der Selbstherrscher eine Art Obereigentum am gesamten Land. Erst 1785 erhielt der Adel eine Eigentumsgarantie für seinen Grundbesitz. Die Bauern konnten zwar theoretisch nach der Bauernbefreiung von 1861 Land zu Eigentum erwerben, tatsächlich jedoch blieben sie an die bäuerliche Landgemeinde (*obščina*) gebunden, in der es grundsätzlich kein Eigentum am Ackerland gab, sondern lediglich Nutzungsrechte. Die Vorstellung, daß privates Eigentum die Unabhängigkeit und Freiheit des Individuums sichert, konnte in Rußland keine tiefen Wurzeln schlagen.

Deshalb fiel es den Bolschewiki relativ leicht, das gesamte Privateigentum an Produktionsmitteln entsprechend der marxistischen Ideologie abzuschaffen und den Staat, bzw. die Führung der KPdSU zum Eigentümer der gesamten Wirtschaft zu machen. Manche Strukturelemente der Sowjetwirtschaft haben eine breite Akzeptanz gefunden. Dazu gehörten die zentrale Planung durch staatliche Behörden, das Staatseigentum an der Großindustrie, dem Transport- und Energiewesen. Dagegen sind die Kolchosen, das Verbot des Kleingewerbes und der privaten Dienstleistungen immer auf einen gewissen Widerstand gestoßen. Es ist bezeichnend, daß die sog. Neue Ökonomische Politik der 1920er Jahre mit ihrer Mischung aus privater Initiative und staatlich beherrschter Eigentumsordnung bis zum Ende des Sowjetregimes

⁶ Ju. Lewada, *Die Sowjetmenschen 1989-1991. Soziogramm eines Zerfalls*, Berlin 1992, S. 19. Zur gegensätzlichen Grundstruktur der russischen politischen Kultur vgl. auch: K. Gadžiev, *Antinomii meždu avtoritarizmom i demokratiej v političeskoj kul'ture Rossii*, in: *Aktual'nye problemy Evropy*. Hrsg. INION, Moskau, Nr. 2/1997, S. 96-140.

und teilweise bis heute für viele als ideale Wirtschaftsordnung galt und gilt.⁷ Dagegen haben antikapitalistische Ressentiments seit Ende des 19. Jahrhunderts in Rußland eine feste Tradition, die bis heute fortgilt. Der Preisträger des Wettbewerbs für die beste "Idee für Rußland", Sudakow, brachte die Unterschiede zwischen einem Russen und einem Westeuropäer auf die Formel, der Russe sei "ein Mensch, dem der Markt fremd ist". "Der russische nationale Charakter formierte sich nicht auf der Basis von Markttätigkeit."⁸

Zu den Kosten der ideologisch bestimmten und nach politischen Prioritäten geführten Sowjetwirtschaft gehörte die weitgehende Entkoppelung von professioneller Leistung und professionellem Erfolg. Besonderer Einsatz lohnte sich kaum. Im Gegenteil, individueller wirtschaftlicher Erfolg galt als frevelhaft und verdächtig. Geringes Engagement am Arbeitsplatz blieb ebenfalls ohne Folgen, es zog keine Sanktionen nach sich. Die Mißachtung von Leistung dürfte einer der zentralen Gründe für das Scheitern der sowjetischen Wirtschaftsordnung sein. Der "wilde" Kapitalismus der letzten zehn Jahre ist ein Beispiel für die antinomische Struktur der politischen Kultur mit ihrer Tendenz, von einem Extrem in das andere zu fallen. Der "wilde" Kapitalismus honoriert gerade jene Geschäfte, die bisher tabu waren.

Dennoch setzt sich auch nach dem Ende des Sowjetregimes nur schwer die Einsicht durch, daß Kapitalismus die Trennung der Wirtschaft vom Staat meint. Mentalitätsmäßig wird dem Staat bis heute eine Art Obereigentum zuerkannt. Deshalb treffen massenhafte Konfiszierungen – wie zwei Aktionen zum Umtausch von Geldscheinen seit 1990 –, mangelhafter Schutz von Privateigentum oder das bis heute fehlende allgemeine Recht auf Eigentum an Grund und Boden kaum auf Widerstand. Maßstäbe für einen erfolgreichen Boom, dessen Geheimnis die enge Verflechtung von Staat und Privatwirtschaft ist, hat der Moskauer Bürgermeister Lushkow gesetzt. Die Stadt Moskau hat durch Privatisierung von Staatseigentum und die Vergabe von Bau- und Liegenschaftslizenzen enorme Einnahmen erzielt und mit ihrer Hilfe ein Finanzimperium aufgebaut. Lushkow hat ein "Mischsystem aus Kapitalismus, Kommandowirtschaft und Nepotismus errichtet".⁹ Auch Finanzoligarchen vom Schlage Beresowskijs treten für eine Symbiose von Kapital und Staat ein, sie werfen den radikalen Marktwirtschaftlern sogar vor, daß diese eine Trennung anstreben: "Tschubaj's Modell, die Staatsmacht vom Kapital zu trennen, ist ein katastrophaler Fehler, weil das große Kapital zu den Stützpfählern der Macht zählt."¹⁰

Auch die Staatsführung hat sich in der Person Jelzins wiederholt für eine wachsende, nicht eine abnehmende Rolle des Staates in der Wirtschaft ausgesprochen. Die Zeit der Nichteinmischung sei vorbei, der Staat müsse eine stärkere Rolle im Wirtschaftsleben spielen, sagte er in einer Rede vor dem Föderationsrat im September 1997.¹¹ In Anknüpfung an die russische

⁷ G. Simon, Zukunft aus der Vergangenheit. Elemente der politischen Kultur in Rußland, Berichte des BIOst, 10-1995, S. 18f.

⁸ G. Sudakov, Šest' principov russkosti, in: Rossijskaja gazeta, 17.9.1996.

⁹ Lushkow – Machertyp an der Spitze Moskaus, in: NZZ, 6./7.9.1997.

¹⁰ Millionär, mindestens, in: Die Zeit, 17.10.1997.

¹¹ Jelzin plädiert für einen starken Staat, in: NZZ, 25.9.1997.

Tradition wird wohl der Staat auch in Zukunft nicht bereit sein, sich im Bereich der Ökonomie auf das Setzen eines ordnungspolitischen Rahmens und das Eintreiben von Steuern zurückzuziehen. Die Verflechtung von Staat und Wirtschaft ist in Rußland signifikant größer als in westlichen Marktwirtschaften; nichts spricht dafür, daß sich daran in absehbarer Zeit grundsätzlich etwas ändern wird.

3. Den Besonderheiten in Staat und Wirtschaft tritt ein Sozialverhalten an die Seite, das sich als hierarchischer Egalitarismus charakterisieren läßt. Die Bereitschaft, sich ein- und unterzuordnen, verbindet sich mit der Forderung nach Gleichheit, d.h. der Erwartung, daß sich alle so verhalten. Die hierarchische Pyramide des Sowjetregimes hatte spezifische Züge und unterschied sich sowohl von traditionellen Gesellschaften, die Privilegien durch Geburt zuteilen, als auch von modernen kapitalistischen Gesellschaften, in denen der Status von Leistung, Einkommen, Eigentum und Sozialprestige abhängt. Zentrale Faktoren für den Platz des einzelnen in der Sowjetgesellschaft waren Loyalität, die Zugehörigkeit zu einer Klientel und das Lippenbekenntnis zur kommunistischen Ideologie. Leistung war diesen Kriterien nachgeordnet. Der soziale Egalitarismus bestand in der minimalen Grundsicherung für die meisten; die Hierarchie stellte sich als ein kompliziertes, abgestuftes System des Zugangs zu Gütern, Dienstleistungen und Macht dar. Geld spielte als Zugangskriterium eine untergeordnete Rolle.¹²

Egalitarismus und Klientelismus haben tiefe Wurzeln in der russischen Vergangenheit vor 1917. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschaffen, lautete die Losung der russischen Revolutionäre. Sie hatten damit Erfolg, weil sie den Kern des Gleichheitsmythos trafen, der die Ausbeutung des Menschen durch den Staat zuläßt, nicht aber durch den Kapitalisten, Händler oder erfolgreichen einzelnen. "Gleichheit aller in ihrer Rechtlosigkeit und Armut gegenüber dem Staat – ja; soziale Ungleichheit der einen im Vergleich zu den anderen – nein."¹³

Der gerechte Herrscher ist jener, der soziale Gerechtigkeit schafft – diese Vorstellung ist fest in der russischen politischen Kultur verankert.¹⁴ Bis an die Schwelle der Revolution waren die Bauern davon überzeugt, der Zar müsse und werde ihnen so viel Land zuteilen, wie sie zur Sicherung ihrer Familie brauchten. Die Gutsbesitzer aber hätten kein Recht auf Eigentum am Land, das sie nicht selbst bewirtschafteten. Gegenüber der Gleichheit treten andere Wertvorstellungen wie rechtliche Normen, rechtliche Prozeduren oder die Freiheit des Individuums weit zurück.

Auch im heutigen politischen Kampf spielt das Versprechen eine zentrale Rolle, soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen. Damit verbindet sich der Vorwurf, die postkommunistischen Reformer hätten das Volk in die Armut gestürzt und sich selbst den Reichtum angeeignet. Die großen Wahlerfolge der Kommunisten in den vergangenen Jahren müssen auf diesem Hintergrund gesehen werden. Aber auch Präsident Jelzin geißelt – in radikaler Abkehr von der sow-

¹² Lewada, Sowjetmenschen, S. 20f.

¹³ Gadžiev, Antinomii, S. 123.

¹⁴ B. Orlov, Obščino-patriarchal'noe načalo kak osnova političeskoj kul'tury v Rossii, in: Aktual'nye problemy Evropy. Hrsg. INION, Moskau, Nr. 2/1997, S. 91ff.

jetischen Schönfärberei früherer Jahrzehnte – immer wieder den Verfall des Lebensstandards, Armut und Elend breiter Schichten. Er handelt damit so, wie es das Bild des guten Herrschers vorschreibt, der für die soziale Gerechtigkeit eintritt, die von irgendwelchen, meist nicht näher genannten bösen Mächten gestört worden ist. Es gehört in diesen Zusammenhang, daß Jelzin im März 1998 die gesamte Regierung entließ mit der Begründung, sie habe in der Sozialpolitik versagt, ein Vorwurf, der in dieser globalen Form nicht haltbar ist. Obwohl soziale Gerechtigkeit der zentrale politische Wert ist, konnte sich paradoxerweise keine sozialdemokratische Partei im nachkommunistischen Rußland etablieren. Einer der Gründe mag darin liegen, daß über die Grundwerte im Prinzip ein so weiter Konsens besteht, daß sich nur schwer parteipolitische Besonderheiten programmatisch formulieren und vertreten lassen.

4. Rußland ist durch Expansion zu Lande eine europäisch-asiatische Großmacht geworden. Während andere europäische Mächte überseeische Kolonialreiche *hatten* und wieder verloren, *war* Rußland bis zum Ende des 20. Jahrhunderts ein Imperium. Es gab kein Nationalbewußtsein der Russen oder eine Vorstellung von russischen nationalen Interessen neben oder losgelöst vom imperialen Bewußtsein und von Reichsinteressen, die nach 1917 internationalistische Interessen der Sowjetunion hießen. Insofern unterscheidet sich das Nationalbewußtsein der Russen von der europäischen Normalität, wo es insbesondere seit dem 18. Jahrhundert um die Konsolidierung oder Schaffung von Nationalstaaten ging.¹⁵

In Rußland dagegen bestimmte der imperiale Staat Politik und Bewußtsein. Die Grenzen dieses Staates griffen seit der frühen Neuzeit weit über das Siedlungsgebiet der Russen hinaus. Reichsbildung und russische Nationsbildung standen in einer unaufhebbaren Spannung zueinander, denn mehr als die Hälfte der Einwohner waren Ende des 19. Jahrhunderts Angehörige anderer Völker. Ein ungezügelter russischer Nationalismus bedeutete das Ende des Imperiums. Die Russifizierungspolitik seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem im Westen des Russischen Reiches ebenso wie die Russifizierung in spätsowjetischer Zeit haben wesentlich zum Ende des Russischen Reiches 1917 und der UdSSR 1991 beigetragen. Andererseits waren sich die russischen Regierungen vor 1917 ebenso wie die meisten bolschewistischen Führer der Gefahren bewußt und haben einem ausufernden russischen Nationalismus Einhalt geboten.

Das imperiale Bewußtsein ist eine eigenartige, kaum zu lösende Verbindung mit dem russischen Nationalbewußtsein eingegangen. Der heute vielfach gebrauchte Terminus vom Superethnos bringt auf den Begriff, was gemeint ist. Zum Superethnos gehört die gesamte Bevölkerung, d.h. das russische Ethnos und die nichtrussischen Ethnien. Rolle und Funktion des russischen Ethnos bestehen in der Integration, Verklammerung und politischen Vereinheitlichung. Bei der Bestimmung dessen, was ein Russe ist, sollen die ethnischen Merkmale zurücktreten und die politischen in den Vordergrund rücken.

¹⁵ R. Szporluk. The fall of the Tsarist Empire and the USSR. The Russian question and imperial overextension, in: The end of Empire? The transformation of the USSR in comparative perspective. Hrsg. K. Dawisha/B. Parrott, Armonk, N.Y. 1997, S. 65-93.

Im Unterschied zu Frankreich oder den USA ist es jedoch in Rußland weder im 19. noch im 20. Jahrhundert gelungen, den Anspruch einzulösen und aus den Einwohnern – unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft – Russen im Sinne von Staatsbürgern zu machen. So blieb die russische nationale Identität doppelgesichtig und zugleich unvollendet: einerseits gerichtet auf das eigene Ethnos, andererseits auf den multiethnischen Staat. In der Praxis verband sich damit allerdings der selbstverständliche Anspruch, die russische Sprache und Kultur so weit wie möglich durchzusetzen. Von den Bodenständlern (počvenniki) des 19. Jahrhunderts über die Eurasier der 1920er Jahre bis zu den heutigen nationalen Patrioten gibt es eine Tradition, die es ablehnt, die Russen als eine gewöhnliche Nation anzusehen oder gar russische Nationsbildung als ein politisches Ziel anzustreben. Mit einer gewissen Geringschätzung sehen die Patrioten auf die europäischen Nationen herab. Die historischen Herausforderungen in Rußland waren und sind nach dieser Denktradition größer: die Integration eines multiethnischen Staates. In spätsowjetischer Zeit wurde dafür das Ideologem vom "Sowjetvolk als einer neuen Menschengemeinschaft" geprägt. Dies war in vieler Hinsicht eine Fiktion, sie brachte dennoch die Realität zum Ausdruck, daß die Russen sich nicht als eine gewöhnliche Nation wahrnahmen, sondern als die unersetzbare Klammer des Imperiums. Daraus leiteten sie die Ansprüche des "älteren Bruders" ab, wie die sowjetische Ideologie es formulierte.

Mit dem Ende der Sowjetunion ist das imperiale Bewußtsein weitgehend ohne Gegenstand geblieben. Die demographische Situation hat sich radikal geändert; während die Russen in der UdSSR etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, stellen sie jetzt über 80% in der Rußländischen Föderation, die keine Weltmacht, sondern eine europäisch-asiatische Regionalmacht ist. Weder die politischen Eliten noch die Gesellschaft insgesamt haben sich bisher auf die neue Situation eingestellt. Der aus der Geschichte abgeleitete Anspruch auf eine Sonderrolle wird in die Zukunft projiziert.

5. Die "Mentalität der Einzigartigkeit" der Sowjetmenschen war ein Herzstück der Sowjetideologie; die Sozialisation stand im Zeichen der Überlegenheit des eigenen Gesellschaftssystems gegenüber allen früheren und gegenwärtigen außerhalb des sozialistischen Lagers.¹⁶ Das Bewußtsein der Überlegenheit hatte die Isolation der Sowjetunion gegenüber der Außenwelt zur Voraussetzung. Die vorsichtige Öffnung des Landes in den Jahrzehnten nach Stalins Tod stellte die "Mentalität der Einzigartigkeit" in Frage. Trotz gewisser Erosionen ist der Mythos der Einzigartigkeit dennoch in einem gewissen Umfang wirksam geblieben. Er stützte sich auf die propagandistische Überhöhung und Fälschung der Leistungen der Sowjetmacht in Krieg und Frieden und auf den Supermachtstatus. Die militärische Parität mit den USA suggerierte Parität an sich. Die Anerkennung der Gleichheit durch den Westen hat für das Selbstwertgefühl der Sowjetmenschen eine wichtige Rolle gespielt.

Die sowjetische Vorstellung von der Einzigartigkeit und Überlegenheit ist eine säkularisierte Form von Auserwähltheitsanspruch, der in der russischen kirchlichen Kultur tief verwurzelt ist. Die orthodoxe Kirche in Rußland war seit dem späten Mittelalter die einzige freie orthodoxe Kirche, d.h. sie wirkte unter einem orthodoxen Herrscher und nicht unter osmanischer

¹⁶ Lewada, Sowjetmenschen, S. 16.

Fremdherrschaft wie die anderen orthodoxen Kirchen. Das bestärkte die orthodoxe Kirche in Rußland in ihrem Anspruch, einzige Trägerin des unverfälschten Evangeliums zu sein. Durch die enge Einbindung der Kirche in die staatlichen Institutionen seit Beginn des 18. Jahrhunderts, rückten theologisches Selbstverständnis und politischer Messianismus noch enger aneinander. Es kam zu einer "vollständigen Nationalisierung der Kirche Christi". "Rußland hält sich nicht nur für das christlichste Land, sondern für das einzige christliche Land auf der Erde", schrieb Berdjaew während des Ersten Weltkriegs.¹⁷ Die Slawophilen entwickelten bereits im 19. Jahrhundert auch säkularisierte Formen des russischen Messianismus. Die noch junge, unverbrauchte ganzheitliche russische Kultur wurde der degenerierten, materialistischen und rationalistischen Kultur Europas gegenübergestellt, die angewiesen sei auf die Erneuerung aus dem Osten.

Noch radikaler in ihrem Anspruch auf die Umwälzung aller Verhältnisse in Rußland und in der ganzen Welt trat die revolutionäre Intelligenz seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auf. Die Bolschewiki haben die Arroganz und den Ausschließlichkeitsanspruch dann durch Terror und Ströme von Blut in die Wirklichkeit umgesetzt. Mit dem Ende des Sowjetregimes ist die revolutionäre Selbstüberschätzung weitgehend auf dem Scheiterhaufen der Geschichte gelandet. Geblieben ist in Rußland die Überzeugung von der Eigenständigkeit der Kultur, die eine Übernahme westeuropäisch-amerikanischer Institutionen und politischer Werte unmöglich macht und die dem Land seinen besonderen Weg in die Zukunft weist.

III. Entgrenzungen der Geschichte

Umbrüche in der historischen Entwicklung werden einerseits ausgelöst durch vorausgehenden Wandel in Staat, Gesellschaft und Mentalität, und sie lösen ihrerseits einen solchen Wandel aus. Zwischen der Mitte der 80er und der Mitte der 90er Jahre hat sich in der russischen Geschichte ein quasi revolutionärer Umbruch vollzogen, der seiner Bedeutung nach im 20. Jahrhundert nur mit der Revolution von 1917 vergleichbar ist. Der Raum für Neugestaltung ist also ungewöhnlich groß. Im Unterschied zu Westdeutschland nach dem Ende des deutschen Totalitarismus muß diese Neugestaltung in Rußland im wesentlichen von innen heraus geleistet werden, sie ist mit einer Suche nach den eigenen Wurzeln verbunden. Die Durchsetzung einer parlamentarischen und liberalen Demokratie war in Westdeutschland leichter, weil die westlichen Besatzungsmächte Druck und Schutz ausübten. Die deutsche Demokratie entstand wesentlich in der Distanzierung von der deutschen Geschichte jedenfalls der zweiten Hälfte des 19. und des 20. Jahrhunderts. Aufarbeitung und Abkehr von der kommunistischen Vergangenheit vollziehen sich dagegen in Rußland bislang nur zögernd und inkonsequent, weil es keine Vision gibt, die an die Stelle treten könnte. Es ist bezeichnend, daß die neue staatliche Symbolik bis heute verfassungsrechtlich nicht geregelt ist. Zwar werden die neue Flagge, Wappen und Hymne, die Jelzin per Dekret einführte, benutzt. Die Duma hat es jedoch wiederholt abgelehnt, die neuen Symbole zu bestätigen; erst damit würden sie rechtlich verbind-

¹⁷ N.A. Berdjaev, *Duša Rossii*, in: *Russkaja ideja*. Hrsg. M.A. Maslin, Moskau 1992, S. 301.

lich. Eine Mehrheit der Duma tritt vielmehr für die Wiederherstellung der kommunistischen Symbolik in modifizierter Form ein.

Entgrenzungen der Geschichte müssen ohne einen russischen Traum von der besseren Zukunft auskommen. Träume von der besseren Zukunft sind in Rußland durch den Triumph der revolutionären Intelligenz diskreditiert. Damit ist eine Flucht in die Zukunft, durch die sich das kommunistische Regime wesentlich legitimierte, verwehrt. Rußland wird zur Konfrontation mit der Gegenwart gezwungen. Das Fehlen einer Zukunftsvision verstärkt allerdings die Neigung, Orientierung in der Vergangenheit zu suchen, die angesichts der gegenwärtigen sozialen und ökonomischen Misere in um so schönerem Glanz erstrahlt. Deshalb stehen historische Prägungen einerseits und die Notwendigkeit, in der Gegenwart neue Wege zu gehen, andererseits in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander. Im folgenden werden Bereiche namhaft gemacht, in denen eine Entgrenzung der Geschichte stattfindet.

1. In der Politik, im öffentlichen Diskurs und in der Mentalität gibt es Anzeichen für das Entstehen einer postimperialen Mentalität. Damit ist ein Wandel von Einstellungen gemeint, der mehr ist als die Akzeptanz der eigenen Schwäche. Der Revisionismus ist nicht mehr das alle einigende Band – wie es 1992, unmittelbar nach dem Zerfall der UdSSR – schien. In dieser Hinsicht löst sich Rußland offenbar vom Syndrom von Weimar, d.h. von einem fast alle politischen Lager überspannenden Revisionismus.

Weil Reichsbildung über Jahrhunderte die Antriebskraft der Politik gewesen ist, kann der Abschied vom Imperium nicht leicht fallen. Bei einer gesamtrussischen, repräsentativen Befragung 1994 bezeichneten 46% der Respondenten den Zerfall der UdSSR als "Katastrophe" oder als "Unglück"; 13,2% sahen darin "kein Unglück" und 1,5% fanden den Zerfall "sehr gut"; 36% sagten, er habe "schlechte und gute Seiten".¹⁸ Auch die Weltmachtrolle der UdSSR hatte einen festen Platz im Selbstbewußtsein. Bei einer gesamtrussischen Untersuchung im Frühjahr 1996 zeigten sich 58% der Befragten davon überzeugt, daß Rußland auch in Zukunft wieder eine Rolle in der Welt spielen müsse wie die USA; nur 18% meinten, Rußland werde in Zukunft ein Gewicht haben vergleichbar dem Chinas oder Englands.¹⁹ Dennoch beginnt das imperiale Bewußtsein, brüchig zu werden. Zwar bedauerten bei einer Befragung 1995 zwei Drittel das Ende der UdSSR und ein Drittel der Bürger befürwortete einen Anschluß der Regionen mit einer russischen Bevölkerungsmehrheit an Rußland, die heute zu anderen Staaten gehören, aber nur 10% waren bereit, dafür auch Gewaltmittel einzusetzen. Vor allem tritt bei einem großen Teil der Bevölkerung das Interesse am inneren und äußeren Imperium gegenüber persönlichen und ökonomischen Werten zurück.²⁰

In der Publizistik verschaffen sich Stimmen Gehör, die behaupten, "die russischen Politiker zwingen den Bürgern ihren eigenen 'imperialen Komplex' auf".²¹ Die Notwendigkeit, sich

¹⁸ Rossija v zerkale reform. Hrsg. Rossijskij Nezavisimyj Institut social'nych i nacional'nych problem, Moskau 1995, S. 57.

¹⁹ Die Daten wurden im Rahmen der World Values Surveys erhoben und liegen dem Autor vor.

²⁰ I. Kljamkin/T. Kutkovec, Komu v Rossii nužna imperija?, in: Segodnja, 1.2.1996.

²¹ Ja. Šimov, Vizantijskoe prokljatje, in: Segodnja, 20.10.1995.

vom Imperium zu verabschieden, wird von einsichtigen Publizisten und Politikern zunehmend mit der drastisch reduzierten Rolle Rußlands in der Welt begründet, die in absehbarer Zeit nicht revidierbar ist." Rußland hat in erheblichem Umfang seine Rolle als großes geopolitisches Zentrum verloren, das in der Lage ist, entscheidenden Einfluß auf die internationalen Beziehungen und sogar auf die Außenpolitik seiner nächsten Nachbarn auszuüben."²² Der ehemalige Bürgermeister von St. Petersburg, Anatolij Sobtschak, der sich lange weigerte, die Loslösung der Ukraine von Rußland anzuerkennen, spricht jetzt ironisch von der "imperialen Nostalgie" und weist darauf hin, daß z.B. Norwegen oder Taiwan mehr Güter exportieren als Rußland. "Heute muß man nicht über die Großmachtrolle nachdenken, sondern darüber, wie man möglichst schnell die allgemeine Misere des Lebens überwindet."²³

Auch in manchen wissenschaftlichen Analysen werden Umdenken und die Neubestimmung der Rolle Rußlands gefordert. "Heute und morgen nehmen wir in der geoökonomischen Hierarchie auf der Welt die Position einer Großmacht zweiten Ranges ein", schreibt der Ökonom Gordon, "und zwar nicht nur hinter den USA, sondern mit weitem Abstand auch hinter Japan, China und Deutschland".²⁴ In einem Aufsatz in der führenden politischen Zeitschrift "Polis" wird argumentiert, daß heute die "imperiale Ideologie" im offenen Widerspruch zu den "Interessen des russischen Volkes" steht. Nur in der "Schaffung eines rußländischen Nationalstaates" liege die Zukunft. Die Idee einer Integration im Rahmen der GUS habe allenfalls psychotherapeutische Bedeutung.²⁵ Nikolaj Rosow aus Nowosibirsk fordert Rußland auf, sich Westeuropa zu seinem ökonomischen "Patron" zu wählen und sich ihm gegenüber mit der Rolle des abhängigen "Klientel" zufrieden zu geben.²⁶

Auch in offiziellen politischen Verlautbarungen wurde die Rhetorik gegenüber den frühen 90er Jahren deutlich zurückgenommen. In der offiziellen "Konzeption der nationalen Sicherheit" vom Dezember 1997 heißt es, "der Einfluß Rußlands auf die Entscheidung kardinaler Fragen des internationalen Lebens, die die Interessen unseres Staates berühren, hat deutlich abgenommen". Rußland wird als "einflußreiche europäisch-asiatische Macht" bezeichnet. Nur einmal kommt in dem umfangreichen Dokument der Terminus "Großmacht" für Rußland vor; dies war in früheren Jahren die durchgängige offizielle Selbstbezeichnung. Auch der diskriminierende Begriff "nahes Ausland" zur Bezeichnung der anderen Staaten auf dem Territorium der früheren UdSSR ist seit 1996 aus dem offiziellen Sprachgebrauch verschwunden. Geändert hat sich jedoch nicht nur die Sprache, sondern auch die Politik. Die Integration der Staaten der GUS – in den ersten Jahren nach 1991 oberste Priorität der russischen Außenpolitik – wurde inzwischen deutlich zurückgestuft.

²² K. Borovoj, *Buduščee rossijskogo dialoga s Nato*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 28.5.1997.

²³ A. Sobčak, *Imperskaja nostalgija*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 13.2.1998.

²⁴ L.A. Gordon, *Razmery Rossii: geopolitičeskie vyvody iz geoëkonomičeskich sravnenij*, in: T.I. Zaslavskaja (Hg.) *Kuda idet Rossija?...*Bd. III, Moskau 1996, S. 138f.

²⁵ I.G. Jakovenko, *Proščloe i nastojaščee Rossii: imperskij ideal i nacional'nyj interes*, in: *Polis*, 4/1997, S. 88-96; die Zitate S. 91, 93.

²⁶ N.S. Rozov, *Puti samoopredelenija Rossii v kontekste geopolitiki*, in: *Rossija i sovremennij mir*, 1/1997, S. 72-80. Aufarbeitung der Problematik bei A. Ignatow, *Geopolitische Theorie in Rußland heute*, *Berichte des BIOst*, Nr. 17/1998.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß anti-imperiale Aussagen in Publizistik und Wissenschaft ausgesprochene Minderheiten-Meinungen sind und daß nach wie vor starke politische Kräfte eine Großmachtrolle für Rußland und eine Reintegration im euro-asiatischen Raum fordern. Geopolitischer Pluralismus auf dem Territorium der früheren UdSSR gilt als Verrat an der vaterländischen Geschichte.

2. Weiter fortgeschritten als die Anerkennung der Pluralität draußen ist die Entfaltung von Pluralität innerhalb des Landes. In allen Bereichen der Gesellschaft entsteht heute ein breites Spektrum von Pluralität – angefangen von Weltanschauungen und Religionen über politische Gruppierungen, Medien bis hin zum Lebensstil. Besonders ausgeprägt ist die regionale Diversifizierung. Der Pluralismus aller Verhältnisse fällt besonders stark ins Auge vor dem Hintergrund der beanspruchten Einheitlichkeit und Gleichheit im sowjetischen Sozialismus. Die Auflösung der Sowjetordnung und die Entstehung von Pluralität sind eigentlich Synonyme, denn die Akzeptanz unterschiedlicher Weltanschauungen, politischer Programme und Ordnungsvorstellungen widerspricht dem totalen Anspruch einer herrschenden, wahren Ideologie und einer Partei auf die Ausübung der Macht.

Weil Rußland das Land der Gegensätze ist, schlugen die früher beanspruchte Einheit des Denkens und die Omnipotenz der Macht vielfach in chaotische Vielfalt der Meinungen, Interessen und Gruppen um. An die Stelle der Einheitspartei KPdSU traten Dutzende von politischen Parteien und Gruppierungen. Die UdSSR zerfiel nicht nur in ihre nationalen Bestandteile, d.h. die 15 Unionsrepubliken, sondern zeitweise schien ein weiterer Zerfall in regionale und lokale kleine Einheiten möglich. Früher unterlag das veröffentlichte Wort einer strikten Zensur, jetzt wurde alles öffentlich sagbar: Aufruf zur religiösen Intoleranz, zum Genozid und zum Aggressionskrieg eingeschlossen. An die Stelle der – jedenfalls beanspruchten – Regelung aller Verhältnisse trat die Entregelung aller öffentlichen Angelegenheiten.

Auch ein Jahrzehnt nach dem Beginn von Glasnost und Perestrojka (1987/88) bestimmt ein chaotischer Pluralismus vielfach das Bild: eine unregelte Konfliktaustragung zwischen Zentrum und Regionen, Kommunisten und demokratischen Reformern, neuen Reichen und großer Armut, zwischen Mafia und Staatsorganen, zwischen Finanzoligarchen untereinander. Aber die unübersichtliche Vielfalt der Konflikte, die vielfachen, einander überschneidenden Bruchlinien und der Interessenwirrwarr bilden auch eine Schranke gegen das Entstehen einer neuen Diktatur, gegen die Herrschaft einer totalitären Einheitsideologie und gegen die Machtergreifung einer kleinen, zu allem entschlossenen Clique. Es versteht sich von selbst, daß zwischen chaotischem Pluralismus und einer liberalen Demokratie ein weiter Abstand klafft.

3. Trotz der fortbestehenden Unsicherheit und Unbeständigkeit lassen sich doch Bereiche namhaft machen, in denen die im vergangenen Jahrzehnt eingetretenen Veränderungen unumkehrbar erscheinen. Die Möglichkeit, eine neue Einheitsideologie zur Legitimierung von Herrschaft durchzusetzen, sei es im neokommunistischen, sei es im nationalistischen Sinn, muß als äußerst unwahrscheinlich gelten. Die Pluralisierung und Regionalisierung von politischen Weltanschauungen ist weit fortgeschritten.

Es hängt damit zusammen, daß auch die Wiederherstellung einer einheitlichen Medienlandschaft, gelenkt durch eine straffe Zensur, die bis auf die letzte Sportzeitung in der Provinz durchgreift, nur schwer vorstellbar erscheint. In Rußland hat sich – insbesondere bei den Printmedien – ein großes Meinungsspektrum etabliert, das auf unterschiedlichen Interessen von Journalisten, Lesern und Finanziers beruht. Zwar leiden die Medien generell unter dem abnehmenden Interesse des Publikums und der wachsenden Abhängigkeit von Subventionen; letzteres gilt auch für die elektronischen Medien. Dennoch ist die Medienfreiheit nicht in gleicher Weise durch private und öffentliche Geldgeber außer Kraft gesetzt wie früher durch eine zentrale kommunistische Zensur.²⁷ Die Freiheit des Wortes dürfte sich auch deshalb nicht wieder aufheben lassen, weil die Russen inzwischen zuviel von diesem Gut genossen haben.

Die Privatisierung der Wirtschaft ist zwar nicht abgeschlossen und die enge Vernetzung von Staat und Wirtschaft offensichtlich, aber eine durchgängige Re-Nationalisierung, d.h. die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, ist unwahrscheinlich. Dafür sprechen nicht nur die etablierten Interessen der Finanzoligarchie, sondern die allgemeine Überzeugung, daß die administrative Planwirtschaft sowjetischen Typs gescheitert ist. Deshalb können die Privatisierung und eine Wirtschaftsordnung mit unterschiedlichen Eigentumsformen als unumkehrbar gelten. Dies ist allerdings noch keine ausreichende Grundlage für soziale Marktwirtschaft, die u.a. auf einer durchschaubaren und durchsetzbaren Rechtsordnung beruht.

4. Der vielleicht einschneidendste und zukunftsreichste Wandel betrifft das Entstehen eines regionalen Pluralismus. Die russische Geschichte war über Jahrhunderte durch Zentralismus geprägt, der in sowjetischer Zeit seine oft groteske Apotheose erreichte. Jetzt bildet sich ein Regionalismus aus, der von Moskau Dezentralisierung von Kompetenzen, eigene Finanzmittel und teilweise auch Handlungsspielraum für auswärtige Beziehungen verlangt, ohne daß diese Forderungen als politischer Separatismus zu qualifizieren sind. Die Träger dieses Regionalismus lassen sich auf vier Ebenen ausmachen: die großen Städte, insbesondere die Hauptstädte von Gebieten, die Gebiete, bzw. Regionen (kraj) selbst, die überregionalen Zusammenschlüsse mehrerer Gebiete bzw. Regionen (kraj) und schließlich die nationalen Republiken, bei denen der Regionalismus durch das Nationalbewußtsein der nichtrussischen Völker zusätzliche Schubkraft erhält.

Die Demokratisierung verschafft dem Regionalismus eine feste Basis. Inzwischen sind überall kommunale und regionale Legislativen gewählt worden. Noch bedeutsamer sind die direkt gewählten Gouverneure und Präsidenten als Chefs der Exekutive, die nun nicht mehr von Moskau ein- oder abgesetzt werden können. Es entstehen regionale administrative Eliten, auf deren Formierung die Zentralmacht nur begrenzt Einfluß nehmen kann. Wahrscheinlich wird Rußland nie wieder ausschließlich von Moskau aus regiert werden können. Dies ist eine wichtige, positive Voraussetzung für die Ausbildung eines modernen und leistungsfähigen Gemeinwesens.

²⁷ P. Hübner, Pressefreiheit in Rußland. Das Recht auf freien Zugang zu Informationen. Berichte des BIOst, Nr. 43/1997.

Es zeigt sich also, daß in vielen Bereichen Pluralismus eine Realität ist. Häufig nicht geregelt ist die institutionelle Verankerung der tatsächlich vorhandenen Vielfalt in Politik und Gesellschaft. So ist es bis heute nicht gelungen, politische Parteien organisatorisch zu festigen und sie zu einem wesentlichen Instrument bei der Aggregation des politischen Willens zu machen. Mehr noch, die einzige landesweit funktionsfähige und mit Abstand größte Partei ist die KPRF, also die Nachfolgeorganisation einer Institution, die eben keine politische Partei im modernen Sinn war. Die mangelnde Institutionalisierung von Vielfalt muß auch darauf zurückgeführt werden, daß Pluralität zwar überall vorhanden ist, aber häufig nicht als selbstverständlich und normal akzeptiert wird. Die weit in vorkommunistische Zeit hineinreichende Vorstellung von der Einheit und Einheitlichkeit des politischen Willens bestimmt auch heute das Verhalten. Weder Gorbatschow noch Jelzin haben politische Parteien gegründet. Der eine hielt bis zuletzt an der KPdSU fest, der andere arbeitet mit allen möglichen "Räten" und "Runden Tischen". Parteiungen und partiale Interessen gelten zuletzt doch als vorläufig und die Einheit im Konsens als das Normale.

5. Im vergangenen Jahrzehnt haben Selbsttätigkeit und Selbständigkeit der Menschen in Gesellschaft und Wirtschaft das Land verändert und historische Begrenzungen aufgebrochen. Vorausgegangen war seit dem "Tauwetter" in der Zeit Chruschtschows eine teilweise Lösung der Gesellschaft aus den Schrecken und der Starre des Stalinismus. Einstellungen und Verhalten der Menschen haben sich seit dem Ende des Stalinismus gewandelt: Die Angst vor dem allmächtigen Staat in Gestalt der politischen Polizei, die jederzeit jedermann an Leib und Leben bedrohen konnte, verschwand. Dies war eine der Voraussetzungen dafür, daß Millionen Menschen sich in ihr privates Leben, in eine private Nische zurückgezogen haben. Was früher eine Fluchtbewegung vor dem Zugriff des kommunistischen Regimes war, wurde nach dessen Ende zu einer Voraussetzung für eine gewaltige Welle von Aktivismus auf allen Ebenen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die wirtschaftliche Selbsttätigkeit reicht von bescheidenen Flohmärkten und der Bewirtschaftung von Schrebergärten bis zur Insider-Privatisierung von Staatsbesitz und der Anhäufung riesiger Vermögen. Die Aktivitäten in der Gesellschaft begannen mit den "informellen Gruppen" der Perestrojka-Zeit. Heute bestehen eine große Zahl von Verbänden aller Art, private Schulen und Hochschulen, NGOs, karitative weltliche und kirchliche Werke. "Propagiert wird zum ersten Mal in der Geschichte nicht der treue Dienst, sondern die Fähigkeit, für sich selbst zu arbeiten." Es wächst eine neue Generation heran, "die ihre Hoffnungen auf Erfolg im Leben nicht mit dem Staat verbindet, sondern die vor allem auf die eigenen Anstrengungen, Verstand, Talent, Können und Geschicklichkeit setzt."²⁸ Eine neue Mentalität entsteht.

Bezeichnend ist, daß sich dies mit einer Revision der russischen Geschichte verbindet. Das altgläubige Unternehmertum des späten 18. und 19. Jahrhunderts erscheint in einem positiven Licht, die erfolgreichen Industriellen des 19. Jahrhunderts werden als vorbildliche Mäzene von Kunst und Wissenschaft gefeiert. Die Kulaken, jahrzehntelang Inbegriff der dörflichen Ausbeuterklasse, werden jetzt als Muster von Arbeitsamkeit, Initiative und Erfolg durch eige-

²⁸ V. Kantor, "...Est' evropejskaja deržava". Rossija: trudnyj put' k civilizacii, Moskau 1997, S. 252f.

ne Leistung dargestellt. "Praktischer Sinn, Effizienz und Geschäftsmäßigkeit gelten im heutigen Rußland nicht nur als ökonomische Tugenden, sondern auch als unverzichtbare Werte für die Verjüngung des gesamten geistig-kulturellen Bereichs."²⁹ Die Wertehierarchie in der Gesellschaft verschiebt sich zugunsten des einzelnen, der Familie und der eigenen Region. "Im Lande dominiert nicht der 'staatliche', sondern der 'private' Mensch, für den das Wichtigste sein eigenes Wohlergehen und das seiner Familie ist", lautet das Resümee einer soziologischen Studie. Dabei wünscht sich der Russe einen "starken und autoritären Staat", der Leben, Freiheit und Rechtsgleichheit des einzelnen ebenso garantiert wie das Wahlrecht, die Medienfreiheit oder das Recht, ins Ausland zu reisen.³⁰ Die persönlichen Grundrechte sind heute in der russischen Gesellschaft stärker verwurzelt als Marktwirtschaft, Eigentumsrechte oder die demokratische Ordnung der Macht.

IV. Russische Modernisierung

Diese Untersuchung hat gezeigt, daß in Rußland ein erhebliches Potential für Veränderungen zur Verfügung steht, daß aber historisch gewachsene Strukturen und Mentalitäten Schranken setzen. Im Lande selbst wird mit großem Nachdruck und beinahe einstimmig die Überzeugung vertreten, daß Rußland in der Vergangenheit einen eigenständigen Weg gegangen ist und deshalb auch einen besonderen Weg in die Zukunft finden muß, daß die Übernahme westlicher Modelle und die Angleichung an westliche Verhältnisse weder möglich noch wünschbar sind. Dies bedeutet keineswegs Konfrontation mit dem Westen oder die Ablehnung aller westlichen Erfahrungen. Bestimmte Grundregeln der demokratischen Ordnung werden akzeptiert, dennoch gibt es – paradoxerweise – keinen demokratischen Konsens. Alternative Wahlen zur Legislative und vor allem die direkte Volkswahl des Staatspräsidenten sind zur Selbstverständlichkeit geworden. Jelzin hat die Ergebnisse der Duma-Wahlen im Dezember 1995 akzeptiert, die eine kommunistisch-nationalistische Parlamentsmehrheit brachten, und der kommunistische Präsidentschaftskandidat Sjuganow anerkannte den Sieg Jelzins im Juli 1996. Eine Machtergreifung nach dem Muster Lenins und der Bolschewiki 1917 dürfte in Rußland kaum mehr möglich sein.

Andererseits ist es mehr als ein Bonmot, wenn in Rußland vom gewählten Zaren Boris gesprochen wird. Diese Redeweise erfaßt sowohl den autoritären Stil als auch die großen Machtkompetenzen des Präsidenten. Jelzin hat wiederholt die Grenzen der Verfassung überschritten, die den Staatspräsidenten ohnehin mit einer Fülle von Rechten ausgestattet hat. Die Machtkonzentration an der Spitze der Exekutive und ihre autoritäre Ausübung setzen sich in der Pyramide der Macht nach unten fort und haben einen prägenden Einfluß auf den Stil und die Mentalität der Obrigkeit und der von ihr abhängigen Bürger. Die gesamtstaatliche Duma und die Legislativen auf regionaler und lokaler Ebene sind demgegenüber von der Verfassung

²⁹ B.M. Paramonov, Historical culture, in: Russian culture at the crossroads. Hrsg. D.N. Shalin, Boulder, CO 1996, S. 35.

³⁰ T.I. Kutkovec/I.M. Kljamkin, Russkie idei, in: Informacionno-analitičeskij bjulleten', Institut sociologičeskogo analiza, Nr. 1-2, 1997, S. 31.

mit begrenzten Rechten ausgestattet. Die Duma hat durch ihren Stil – haltlose Sprache, Happenings im Sitzungssaal, Handgreiflichkeiten an der Rednertribüne – und durch zahlreiche unverantwortliche Beschlüsse – u.a. zur Außenpolitik – wesentlich zur Diskreditierung von Demokratie im Land beigetragen. Die Duma hat sich während der Regierungskrise im März/April 1998 durch ihr schwankendes Abstimmungsverhalten zuerst gegen und dann für Kirijenko als eine Institution dekuviert, wo sehr viele Abgeordnete nicht entsprechend ihren politischen Überzeugungen, sondern im Interesse persönlicher, kurzfristiger Vorteile abstimmen. Viele Abgeordnete sind käuflich.

Es gibt keinen demokratischen Konsens, d.h. die Überzeugung, daß die demokratische Ordnung der Macht und demokratische Spielregeln für Rußland adäquat sind. Bei einer Umfrage im Frühjahr 1996 wurden den Respondenten zwei alternative Aussagen vorgelegt: a) "Andere Staaten, z.B. Deutschland, kamen auch spät zur Demokratie, nach einer Übergangsperiode wird es auch in Rußland wie in Europa demokratische Verhältnisse geben". b) "In unserer jetzigen Übergangsperiode wird uns die Demokratie nicht helfen. Rußland ist für die Demokratie noch nicht reif." 25% der Befragten votierten für die erste, 37% für die zweite Alternative; 12% waren gegen beide Positionen und 26% konnten sich nicht entscheiden. Auch in der jüngeren Generation (18- bis 28jährige) lag der Anteil der "Demokraten" mit 30% nur wenig über dem Durchschnitt.³¹

Nach Untersuchungen der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik in Köln waren 1992 15% der Bevölkerung mit der Entwicklung der Demokratie in ihrem Land zufrieden, 66% aber unzufrieden; für 1996 lauteten die Zahlen sogar 6% und 86%. Entsprechend zugenommen hat die Bereitschaft, autoritäre Formen der Herrschaft zu akzeptieren. 1989 sprach sich noch jeder zweite Befragte gegen die Konzentration der Macht in den Händen einer Person an der Spitze des Staates aus, 1996 aber nur noch jeder fünfte. 37% waren 1996 davon überzeugt, daß das russische Volk "ständig eine starke Hand" braucht. Dieser Anteil hatte 1989 nur bei 24% gelegen.

Mehr als 70% der 1996 Befragten hielten Ordnung für wichtiger als Demokratie. Nach Meinung der Mehrheit (53%) führt die Demokratie in Rußland zu Chaos und Anarchie. 37% der 1996 Befragten meinten, es sei unerheblich, ob in Rußland Demokratie, Sozialismus oder Diktatur herrschten; an der wirtschaftlichen Misere werde sich sowieso nichts ändern.³²

So bleibt die demokratische Ordnung labil. Die Gefährdungen bestehen nicht darin, daß alternative Wahlen wieder abgeschafft werden könnten, sondern daß autoritäre und antilibérale Führer und Regime gewählt und demokratisch legitimiert werden könnten. Für eine solche Entwicklung gibt es im nachkommunistischen Osteuropa zahlreiche Beispiele – von der Slowakei über Weißrußland bis in den Kaukasus, nach Bosnien-Herzegowina und Jugoslawien.

Die Vorgänge im vergangenen Jahrzehnt, aber auch längerfristige historische Prägungen sprechen dafür, daß die Exekutive in Rußland die entscheidende Gewalt bleiben wird; die beiden

³¹ Erhebung im Rahmen der World Values Surveys. Daten liegen dem Verfasser vor.

³² H.P. Haarland/H.-J. Niessen, Der Transformationsprozeß in Rußland. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Bonn 1997, S. 206-209.

anderen klassischen Gewalten dürften in einer gewissen Zu- und Unterordnung verharren. Dies behindert die Ausbildung politischer Parteien, die außerdem in hohem Maße personenbezogen sind, und sich zumeist um eine Führungsperson bilden. Es scheint, daß die Funktionen politischer Parteien im Westen z.T. von anderen Strukturen übernommen werden: staatliche und nichtstaatliche (vor allem ökonomische) bürokratische Apparate, Regionen, Finanzmagnaten oder Gruppen von Finanzmagnaten und politisch herausragende Einzelpersonen. Wie bisher ist es auch in Zukunft ohne weiteres denkbar, daß in Rußland ein Mann ohne Rückhalt in einer politischen Partei zum Staatspräsidenten gewählt wird.

Die Öffnung des Landes nach außen hat mit dem Ende des alten Regimes einen großen Sprung nach vorne gemacht. Touristenströme gehen inzwischen in beide Richtungen, Ideen und Medien überwinden die Grenzen beinahe mühelos, die Mentalität der belagerten Festung schwindet. Dennoch sind Begrenzungen geblieben. Ein gegenüber sowjetischer Zeit kaum liberalisiertes Visaregime für Ausländer behindert persönliche Beziehungen und kulturellen Austausch. Die Einbeziehung Rußlands in die Weltwirtschaft hat partiellen Charakter behalten. Der Grund liegt einerseits im Zustand der Wirtschaft und in ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, so daß russische Waren – abgesehen von bestimmten Rohstoffen und Waffen – auf dem Weltmarkt nur geringe Chancen haben und ausländische Unternehmen und Investoren den russischen Markt nicht sonderlich attraktiv finden.

Zum anderen aber fehlt der politische Wille, das Land längerfristig vorbehaltlos wirtschaftspolitisch zu öffnen. Nach wie vor bestimmen protektionistische und isolationistische Vorstellungen das ökonomische Denken auch der meisten Reformen. Der Grundsatz, daß vaterländische Unternehmen und Banken vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden müssen, und die Furcht vor Überfremdung durch ausländisches Kapital versperren die Einsicht, daß auf längere Sicht staatliche Protektion die wirtschaftliche Entwicklung bremst und nicht fördert. Protektionismus ist mehr als der sicher gerechtfertigte Schutz der einheimischen Wirtschaft auf Zeit, um ihr die Möglichkeit zur Entfaltung zu sichern. Er hat prinzipiellen Rang und verbindet sich mit der Überzeugung, Rußland verfüge über alle modernen Rohstoffe, es könne und müsse deshalb eine besondere Wirtschaftspolitik auch nach außen treiben. Eine gemäßigt autarke Wirtschaftspolitik – so lautet die Überlegung – würde zwar kleine Länder zugrunde richten, den eurasischen Landkoloss aber erst recht zur Selbstentfaltung mobilisieren.

Die protektionistische Grundhaltung folgt auch aus dem traditionellen Verständnis von Souveränität, wonach die Entscheidungen über das Wohl und Wehe des Gemeinwesens und des einzelnen nur innerhalb des Landes getroffen werden. Die Staatsmacht hat unbegrenzte Regelungsbefugnisse. Die dauerhafte Abtretung von Souveränitätsrechten an suprastaatliche Behörden – eine der Grundlagen des europäischen Einigungsprozesses – wird bislang von der russischen Politik nirgendwo erörtert. Im politischen Diskurs existiert ein solches Thema nicht.

Weite Zustimmung dürfte hingegen die Formulierung finden, Rußland müsse einen "vaterländischen Kapitalismus" aufbauen.³³ Gemeint ist damit eine Wirtschaftsordnung, die in gleicher Weise Distanz zur stalinistischen Zwangswirtschaft wie zur radikal-liberalen Ordnung etwa der Vereinigten Staaten hält. Dabei soll an die vorrevolutionäre Tradition angeknüpft werden. Dem Staat kommt also nicht nur ein weit ausgelegtes Interventionsrecht in der Wirtschaft zu, sondern er ist selbst der bedeutendste Unternehmer und Geschäftspartner. Das Mißtrauen gegenüber einer reichen und deshalb mächtigen Wirtschaft, die nicht ständigen staatlichen Eingriffen unterliegt, ist mit Händen zu greifen. Die enge Verflechtung von Staat und Wirtschaft, die in der Praxis ein Filz ist, der für die Unternehmer zahlreiche Vorteile bringt, wird sowohl von der öffentlichen Meinung wie von der Finanzoligarchie gestützt.

Die Akzeptanz der Marktwirtschaft in der Bevölkerung ist – nicht zuletzt unter dem Eindruck des "wilden" Kapitalismus – rückläufig, allerdings gibt es auch keine breite Unterstützung für die Rückkehr zur sozialistischen Planwirtschaft. Während 1991 mehr als die Hälfte der Bevölkerung die Einführung der Marktwirtschaft für richtig hielt, sank dieser Anteil 1996 auf ein Fünftel. 59% der Befragten sprachen sich im September 1996 gegen die Privatisierung von großen Industrieunternehmen aus; fast 80% waren der Meinung, nur der Staat dürfe solche Betriebe besitzen. Zugleich sind die Erwartungen an den Staat unverändert hoch. Mehr als 90% der Befragten vertraten die Ansicht, der Staat müsse jedem einen Arbeitsplatz beschaffen und ein Grundeinkommen garantieren. Zugleich traut die Mehrheit der Bevölkerung dem Staat nicht zu, daß er diese Aufgaben löst.³⁴

Es war bereits oben davon die Rede, daß das Ende des Kommunismus keineswegs als Anschluß an den Westen wahrgenommen wird. Aussagen wie die, Rußland müsse ein Teil des Westens werden, finden im Land eine ebenso geringe Akzeptanz wie die Feststellung, die kommunistische Ideologie habe eine verhängnisvolle Rolle gespielt, und die Demokratie sei grundsätzlich überlegen. Die Mehrheit der Menschen distanziert sich nicht eindeutig von der kommunistischen Vergangenheit. 42% sind der Meinung, die Menschen hätten in sowjetischer Zeit mehr Möglichkeiten gehabt, sich zu entfalten; 35% sagen, nach 1991 böten sich mehr Möglichkeiten.³⁵

Erst allmählich setzt sich im Westen die Erkenntnis durch, daß Modernisierung am Ende des 20. Jahrhunderts nicht notwendigerweise Angleichung an westeuropäisch-nordamerikanische Verhältnisse bedeutet, ja, daß die Übernahme bestimmter westlicher technischer Fertigkeiten und Errungenschaften zu einer politisch-kulturellen Distanzierung vom Westen führen kann. Die aus der Kolonialzeit stammende Erwartung im Westen, Modernisierung werde überall zum Verschwinden der traditionellen Kulturen und zur Entstehung der einen, westlichen Weltkultur führen, hat sich nicht bestätigt. Nachdem die im Westen erfundene Modernisierung fast überall auf dem Erdball revolutionären Wandel ausgelöst hat, wird die Welt im Ge-

³³ A. Cipko, Čerez 80 let posle Oktjabrja v Rossii vlast' prinadležit postmodernistskim marksistam, in: Nezavisimaja gazeta, 4.11.1997.

³⁴ Haarland/Niessen, Transformationsprozeß, S. 228-235.

³⁵ Kutkovec/Kljamkin, Russkie idei, S. 38.

genteil "moderner und weniger westlich". Die Erfahrung in vielen Ländern zeigt, daß Modernisierung nur dann Erfolg hat, wenn sie den "eigenen Traditionen, Institutionen und Werten" folgt, wenn sie westliche Errungenschaften übernimmt und zugleich die Eigenständigkeit fördert.³⁶

Die postkommunistische Demokratie und die postsozialistische Wirtschaftsordnung in Rußland unterscheiden sich nicht nur von westeuropäisch-amerikanischen Modellen, sondern auch von dem Weg, den Polen und andere Länder Ostmitteleuropas eingeschlagen haben, weil diese Staaten tatsächlich den Anschluß suchen, ähnlich wie Westdeutschland nach 1949. Dabei wirken der politische Wille, sich vom ehemaligen russisch-sowjetischen Hegemon zu distanzieren, und die unterschiedlichen historischen Prägungen im lateinisch-westlichen Europa einerseits und im griechisch-byzantinischen andererseits in die gleiche Richtung und verstärken einander. Rußland hat im vergangenen Jahrzehnt neue Hoffnungen für sich eröffnet. Es gibt keinen Zwang zu einem zyklischen Rückfall in Diktatur und Armut. "Unsere Zukunft läßt sich nicht nur als Extrapolation unserer Vergangenheit prognostizieren..."³⁷ Der Pluralismus dürfte sich als stark genug erweisen, um den Versuch zu verhindern, die Spaltungen – wie früher – durch Gewalt und Vernichtung des Gegners zu überwinden. Zwar hat die russische Führung 1994-1996 einen unverzeihlichen Krieg gegen die Tschetschenen geführt, aber es muß auch festgehalten werden, daß er nicht mit der Deportation der Tschetschenen endete wie 1944, sondern mit dem Abzug der russischen Truppen. Russische Modernisierung muß angesichts der eigenen Schwäche und des Zwangs zum Neubeginn, das Fremde von außen mit dem Eigenen im Inneren zu einer neuen Einheit verbinden. Dabei ist es unwahrscheinlich, daß sich noch einmal ein in ähnlichem Ausmaß antiwestliches politisches System in Rußland durchsetzt wie nach 1917, aber ebenso wird voraussichtlich eine Distanz bleiben, die größer ist als die Unterschiede, die etwa Tschechien, Frankreich und Deutschland voneinander trennen.

³⁶ S.P. Huntington, *The clash of civilizations and the remaking of world order*, New York 1996, S. 78, 154.

³⁷ A. Achiezer, *Dumy o Rossii. Ot prošlogo k buduščemy*, Moskau 1994, S. 59.

Gerhard Simon

What Room Does History Leave for Russia's Modernization?

Bericht des BIOst Nr. 19/1998

Summary

Introductory Remarks

Neither does the past determine the future, nor can the future be shaped without regard to the past. The present report investigates how Russian history is putting constraints on the re-shaping processes taking place within the country. On the other hand, it also identifies the areas in which the constraints of history have been lifted in the past decade, so that Russia today is on its way into a future that will bring neither a restoration of the conditions prevailing before and after 1917 nor a seamless integration into Western European/Atlantic culture.

Findings

1. Russia is a land of opposites, marked by pronounced swings in its political development: brief epochs of quasi-revolutionary upheaval have been followed by long phases of stagnation, so that the question as to the scope of action open to the present generation is a difficult one to answer. Will it prove possible to break out of the cycle of revolution and reaction and to embark on a more evolutionary course of development? Politics and society rest on a foundation of structures and mentalities organically grown over the centuries, on a singular, home-made culture.
2. The outstanding rôle of the state and the paternalistic relationship of the state authorities towards the people represents a continuum in Russian history. It is characterised by – in a European comparison – a late and incomplete separation of ruler and state, of public and private, and by a lack of covenant culture. The bond between the people and the ruler/state was always forged by subjugation and reward, but not by mutual rights and duties. The subordination of the individual to the collective, the class, and the will of the leader culminated in the Soviet system.
Nowadays, the people's attitude to the state is an ambivalent one: on the one hand, they assign the state a kind of omni-competence. It is not only responsible for the well-being of the people, it is also expected to be a source of meaning in life. On the other hand, the people regard the state with distrust and cynicism. They do not believe it can deliver on its obligations.
3. The community's relationship to the state has consequences for the economic system and economic ethics: first and foremost the cardinal rôle played by the state in the economy

and a less pronounced mentality of individual ownership. This made it easier for the Bolsheviks to dispossess the entire economy to the benefit of the Party leadership and, more precisely, the dictator of the day. In the Soviet economic system, personal success had very little to do with personal performance. Loyalty and belonging to some patron's clientele were more important. The conviction that the state has to be the cardinal player in the economy persists even after the demise of the administrative planned economy. State and economy can be expected to remain significantly more closely intermeshed than in Western market economies.

4. The historically forged societal behaviour pattern can most accurately be described as hierarchical egalitarianism. The propensity to conform and subordinate oneself goes hand in hand with the call for uniformity, i.e. the expectation that everybody else will behave in the same way. The good ruler must guarantee uniformity and social justice. Yeltsin has taken on this rôle, constantly deploring the decline in standards of living and the spread of poverty. His reason for dismissing the Chernomyrdin government was that it had failed in the field of social policy.
5. Some European powers *had* a colonial empire, Russia *was* one until the collapse of the USSR. As a result, an imperial mentality is an inseparable element of Russian identity. This mentality was not directed towards consolidating or creating a national state or the Russian nation but towards preserving and expanding the multi-national empire.
6. The notion of the uniqueness of the Soviet human being was an essential component of Soviet ideology. This mentality of superiority had its precursors in secular Messianism since the 19th century and in the traditional ecclesiastical conception that the Orthodox Church alone has preserved the Gospel pure and unadulterated. With the collapse of the Soviet system, the secular claim to exclusivity was deprived of its foundation.
7. In other fields, too, historical constraints have been relaxed. In politics, in public discourse and in national awareness there are signs of a post-imperial mentality emerging. This is being driven by the realisation that Russia's power potential is dramatically lower than that of the Soviet Union. Rhetoric seeking to portray Russia as a superpower is abating in official political pronouncements. Reintegration within the CIS is no longer the top priority of foreign policy.
8. Within the country itself, a plurality is emerging in many fields of life that is in sharp contrast to the unity pretended during Soviet times. Further to plurality of world-outlooks and religions, of political groups and media, major importance attaches to regional diversification. Contrary to the centuries-old tradition of Russian centralism, which took on grotesque proportions in the Soviet era, a new regionalism is now developing that is an essential pre-requisite for a modern and efficient polity. Though the ways in which conflicts are fought out within the framework of this new pluralism are often unregulated and chaotic, diversity and chaos, on the other hand, constitute a barrier to the establishment of a new dictatorship or the predominance of a new unifying ideology.

9. In the past decade, people's independent activity and independence in society and economy have changed the country significantly. Independent economic activity ranges from modest jumble sales to insider privatisation and the accumulation of vast fortunes. Among the non-state social activities, political groupings and movements play only a minor rôle. Now a new generation is growing up that is pinning its hopes and expectations on its own strengths and talents. The hierarchy of values in society is shifting towards the individual, the family, and the local region.
10. The modernization of Russia must build on historical foundations, but it can also be based on the assumption that the collapse of the Soviet system is opening up new opportunities. Russian democracy and market economy will develop specific features which distinguish them from their counterparts in Central Europe. The executive with a strong man at the top – in the form of a president with comprehensive powers and authority – can be expected to dominate politics in the future, too. Political parties will hardly play the same rôle as in Western countries. Instead, political power will rest with the state and non-state (in particular economic) apparatuses and clientele groups, and with the regions. Democracy and democratic elections will become accepted as instruments for achieving power. That that power will be wielded with a liberal hand is, however, by no means certain. Neither amongst the elites nor in society as a whole is there any liberal democratic consensus. The trend is rather to endorse the authoritarian exercise of power in the interests of maintaining public order and security. The economic system can be expected to retain a high level of state intervention and at the same time to remain protectionist against the outside world. This is also linked with a conception of sovereignty which cannot envisage relinquishing sovereign rights to supra-state institutions. Russia is not going to melt into the Western/Atlantic cultural circle, but nor will the new Russia follow as anti-Western a course as the Soviet Union did as of 1917.